

GUATE-NETZ

Infobulletin des Guatemala-Netzes Zürich

20.02.2012 Nr. 39

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

In den letzten Monaten war der Vorstand unseres Guatemala-Netzes sehr intensiv mit Guatemala beschäftigt. Das Wichtigste findet in dieser Ausgabe unseres Bulletins einen Niederschlag.

In Guatemala selbst wurden im letzten Herbst Stadt- und Gemeindepräsidenten, Kongressabgeordnete und zum Schluss noch der neue Präsident der Republik gewählt. Was kann man von der neuen Regierung erwarten?

Unsere Arbeit hat durch den Besuch von Bischof Ramazzini in der Schweiz einen starken Impuls bekommen; auch darüber wird berichtet.

Zum festen Bestandteil unserer Berichterstattung gehören die drei Fälle, an denen wir nun schon ein paar Jahre dran sind: Ramiro Choc, COCAHICH und die Mine Marlin.

Ausführlich kommen wir diesmal auf den Konflikt in San Juan Sacatepéquez zu sprechen. Zwölf indigene Dörfer wollen nicht zulassen, dass in ihrer unmittelbaren Nähe das guatemaltekische Zementunternehmen Cementos Progreso mit Beteiligung der Firma Holcim (Schweiz) eine neue Zementfabrik errichtet. Zwei Vertreter aus diesen Gemeinden haben uns anfangs Februar in der Schweiz besucht. Grundfragen von Eigenständigkeit, Kultur und Recht werden darin zum Thema.

Wir stellen Ihnen CIFCA, eine Dachorganisation von europäischen NGOs vor, die deren Arbeit

für wirtschaftliche und politische Gerechtigkeit und für die Beachtung der Menschenrechte in den Beziehungen zwischen Europa und Zentralamerika vernetzen und verstärken will. Wir sind dieser Dachorganisation kürzlich beigetreten.

Mit Sorge erfüllt uns, dass sich das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz HEKS aus Guatemala zurückziehen will.

Über all dies wird in dieser Ausgabe berichtet – und noch über einiges mehr.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre

Toni Steiner

Aktualität

Guatemala unter dem neuen Präsidenten

Unser Freund Miguel Moerth, ein deutscher Jurist, der seit 1995 in Guatemala lebt und arbeitet und ein ausgewiesener Kenner Guatemalas ist, hat für uns die Stossrichtung der neuen Regierung unter Pérez Molina kurz charakterisiert. Er schreibt:

Ex-General Otto Pérez Molina hat gerade die Regierungsgeschäfte übernommen und mit ihm eine Regierung, die als eine Koalition der Militärs mit den ökonomisch mächtigen Sektoren gesehen und analysiert wird. Die sogenannte Steuerreform, die gerade vorangetrieben wird ist ein Ausdruck davon, denn die Oligarchie bleibt praktisch vollständig unberührt, während die Mittelschicht zur Kasse gebeten wird. Auch

wenn diese Regierung, wie schon andere vor ihr, einige wenige Akademiker ins Kabinett berufen hat, sollten wir uns keine Illusionen über deren Funktion machen. Der Wolf hat schon bei den Brüdern Grimm Kreide gefressen, und die sozialen Bewegungen und die indianischen Gemeinden in Guatemala machen sich keine Illusionen über das, was kommt. Zum Beispiel hat der Präsident in seiner Antrittsrede ganz klar gemacht, dass es zum Thema Justiz und Vergangenheit mit ihm keine Diskussion gibt. Wiederversöhnung läuft nicht mit Justiz, ganz einfach... Die Berufung von Arenales Forno in die SEPAZ und Jorge Herrera als Präsident der Entschädigungskommission sind da nur die Bestätigung einer absolut harten Linie, die das Leiden des Völkermords verneint und leugnet.

Die Sicherheitspolitik dieser Regierung baut eindeutig auf einer Remilitarisierung auf und wir werden sehen, dass die militärische Option Vorrang haben wird vor der demokratischen Lösung, was verlangen würde, dass die staatlichen Behörden entschieden auf die kriminalistische und strafrechtliche Verfolgung der Täter setzen würden. So werden wir Versuche erleben, die Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz zu schwächen oder entfernen, während die militärische Logik der Sicherheit auf der territorialen Sicherheit aufbauen wird. Die geht davon aus, mit Truppen Land zu besetzen, zu verteidigen und dort dann Sicherheit zu schaffen. Das ist eine völlig offen diskutierte Doktrin. Folgerichtig wird schon jetzt über die Ausrufung des Notstandes in den Departementen Petén und San Marcos nachgedacht, um dem Militär eben diesen Raum zu geben für die erwähnte Strategie. Alle diese Fragen - und viele anderen - werden zu einer Zuspitzung der sozialen Widersprüche, zu mehr Repression, wahrscheinlich zu mehr sogenannter "sozialer Säuberung" und logischerweise zu einer erhöhten sozialen Konfliktivität führen.

Miguel Moerth

Bischof Ramazzinis Besuch in der Schweiz

Der Besuch von Alvaro Ramazzini, Bischof von San Marcos/Guatemala Ende November in der Schweiz war für die Guatemalanetze Bern und Zürich ein Erfolg. Der Besuch hat uns wie kaum ein Anlass zuvor viel Vorbereitungsarbeit gekostet. Aber er hat in der Deutschschweiz auch erheblich Aufmerksamkeit geweckt für die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in diesem zentralamerikanischen Land: Für die Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung, die eine wachsende Unterernährung der Kinder zur Folge hat. Für die aus schierer Not erzwungene Migration vieler junger Leute Richtung USA, auch wenn das Unternehmen gefährlich und sehr oft erfolglos bleibt. Für die zunehmende Gewalt, auf die der Staat mit Repression und Militär antwortet. Besonders aber für die Gefrässigkeit transnationaler Unternehmen, die den Boden der Kleinbauern umpflügen wollen, um mit günstig gewonnenen Rohstoffen (Gold, Silber, Nickel...) im Ausland gute Geschäfte zu machen. Dabei verbünden sie sich mit der reichen Oligarchie und staatlichen Instanzen, die dafür sorgen, dass Rechte und Widerstand der angestammten Benutzer des Landes unbeachtet bleiben und kriminalisiert werden.

Bischof Ramazzini stellte sich einer gut besuchten Medienkonferenz, sprach an einem Treffen, an dem Schweizer Regierungsvertreter und Hilfswerke teilnahmen, und füllte am Abend bei einem öffentlichen Vortrag einen grossen Saal an der Universität Bern. Wer ihm zuhörte und mit ihm sprach, war beeindruckt von seinen Analysen und seiner klaren, engagierten Botschaft für eine nötige Veränderung der Verhältnisse. Am folgenden Tag unterzeichneten in Einsiedeln Abt Martin Werlen als Mitglied der Schweizer Bischofskonferenz, der Sekretär von Justitia & Pax und das Fastenopfer ein Solidaritätsschreiben, worin sie unmissverständlich die Analyse von

Bischof Ramazzini übernehmen und unsere Mitverantwortung im Denken und Wirtschaften ansprechen.

„Ich bin kein Theologe, ich bin ein einfacher Bischof. Ich leide mit, wenn ich die Probleme der Menschen sehe“, sagte Bischof Ramazzini beiläufig. „Seit zwei Jahren habe ich keine Morddrohungen mehr erhalten. Es geht mir gut.“

Wie sehr die Begegnung mit Bischof Ramazzini beeindruckt hat, zeigt sich aus der ausführlichen Berichterstattung über seinen Auftritt. Entsprechende Medienartikel sind in swissinfo (spanisch), im Le Courrier (französisch), in der NZZ vom 22.12.2011, im „reformiert“ vom 30.12.2011, im Wendekreis Februar 2012, im aufbruch Nr. 187 vom 2.2.2012 und besonders ausführlich im Beitrag in den Neuen Wegen 2/2012 nachzulesen. Das Solidaritätsschreiben aus der katholischen Kirche der Schweiz findet sich unter www.juspax.ch, Pressemitteilungen. Alle deutschsprachigen Texte sind auf unserer Website www.guatemalanetz-zuerich.ch auf der Seite „Veranstaltungen“, unter dem Stichwort "2011 - Öffentliche Veranstaltung mit Bischof Ramazzini" dokumentiert.

Und wie weiter in der Schweiz?

Die beiden Guatemalanetze von Zürich und Bern möchten den Anstoss dieses Besuchs nutzen, um zusammen mit Hilfswerken, die in Guatemala tätig sind, und wenn möglich auch zuständigen Bundesämtern eine kohärentere Politik der Schweiz gegenüber Entwicklungsländern und speziell gegenüber Guatemala zu fördern. Dafür haben wir erste Kontakte mit dem KOFF (Kompetenzzentrum für Friedensförderung) aufgenommen, das solche Gespräche erleichtern will.

Der Moment ist insofern günstig, als die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit DEZA gerade einen neuen 4-Jahresplan für Zentralamerika vorbereitet. Gleichzeitig hat die EFTA, zu

der ja auch die Schweiz gehört, einen Freihandelsvertrag mit den Staaten Zentralamerikas in Bearbeitung. Da könnte doch wichtig sein, was zivilgesellschaftliche Gruppen der Schweiz für Wünsche und Vorstellungen haben!

Aber auch thematisch ist die Frage des Bergbaus in der Schweiz ins Blickfeld gerückt. Im letzten Herbst ist von Alliance Sud in Zusammenarbeit mit über 50 NGOs die Petition „Recht ohne Grenzen“ lanciert worden, die von transnational operierenden Unternehmen mit Sitz in der Schweiz verlangt, dass sie dieselben Standards für Umwelt und Gesellschaft im Ausland einhalten, wie sie in der Schweiz gelten. Solche Unternehmen sind z.B. Bergbauunternehmen wie Glencore und Xstrata, die weltweit in der Rohstoffextraktion und im Rohstoffhandel tätig sind.

Zusätzlich hat die Erklärung von Bern kürzlich das Buch „Rohstoffe. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz“, herausgebracht. Beachtet die Hinweise später in dieser Ausgabe.

Toni Steiner

Wir bleiben dran

Fall COCAHICH

Die durch den Staudamm Chixoy geschädigten Gemeinden aus dem Bezirk Rabinal, die wir schon seit einigen Jahren begleiten, sind trotz der erfolgreichen Verhandlungen mit der Regierung (vgl. GUATE-NETZ Nr. 38) noch nicht zur zugesprochenen Wiedergutmachung gekommen. Präsident Colom hat die Sache nicht abgeschlossen. Jetzt liegt es an der neuen Administration von Präsident Pérez Molina, die Sache wieder aufzunehmen. Vielleicht wissen wir in ein paar Monaten mehr...

Fall Ramiro Choc

Am 14. Februar waren es 4 Jahre, dass der Bauernführer Ramiro Choc verhaftet wurde. Nach über 1 Jahr Untersuchungshaft wurde er zu 8 Jahren Gefangenschaft verurteilt, von denen ihm bei einer späteren Revision 2 Jahre erlassen wurde. Doch auf eine weitere Revision des Prozes-

ses wollte sich das Gericht nicht einlassen. Normalerweise wird in Guatemala ein Gefangener nach der Verbüßung der Hälfte seiner Haftstrafe entlassen, wenn er sich gut verhalten und während seines Aufenthalts im Gefängnis die nötigen Tage an Arbeit oder Studium abgeleistet hat.

Das Guatemala-Netz Zürich hat deshalb seine Mitglieder Ende Januar eingeladen, dem zuständigen Strafrichter einen Brief zu schreiben mit der Bitte, eine Entlassung von Ramiro Choc zu prüfen. Wir haben dafür einen entsprechenden Musterbrief zur Verfügung gestellt. Bis jetzt wissen wir aber nicht, was der Brief ausgelöst hat. Wenn jemand sich an dieser Aktion noch beteiligen möchte, kann er die dafür nötigen Unterlagen bei Toni Steiner (t_st8037@bluewin.ch) oder bei koordination@guatemalanetz.ch anfordern. Es ist sicher sinnvoll, wenn der Richter viele Briefe bekommt.

Übrigens machten wir schon vorgängig kurz nach Neujahr eine Briefaktion, um Ramiro Choc unsere Solidarität auszudrücken.

Toni Steiner

Neues im Konflikt um die Mine Marlin

Bischof Ramazzini hatte während seines Besuchs in der Schweiz am 25./26. November 2011 klar gemacht, welche Interessen in diesem Goldbergwerk aufeinander stossen. Die NZZ vom 22. Dezember, „reformiert“ vom 31. Dezember, die Zeitschriften „Wendkreis“ und „Aufbruch“ und die katholische Kirche in ihrem Solidaritätsschreiben vom 26. November trugen die Botschaft über die Medien weiter.

Doch solche Konflikte stehen nicht still. Anfangs Januar berichteten bergbaukritische Gruppen aus Kanada, die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte CIDH habe ihre Aufforderung, das Bergwerk Marlin vorläufig zu schliessen, zurückgezogen. Bestimmt war die CIDH sehr unter politischen Druck geraten. Dass sie erpressbar ist, hat sich schon letztes Jahr in Brasilien gezeigt. Die CIDH hatte die dortige Regierung aufgefordert, den Bau des Staudamms Belo Monte am Fluss Xingu im

Amazonasgebiet aufzuschieben, bis die indianischen Völker, deren Gebiete überflutet werden sollen, genau darüber informiert wären und ihre Zustimmung gegeben hätten. Doch die Drohung der brasilianischen Regierung, sie wolle der Kommission die finanzielle Unterstützung entziehen, liess die Kommission einknicken.

Otto Pérez Molina, der seit dem 14. Januar neuer Präsident Guatemalas ist, hat von Goldcorp die Zusicherung bekommen, dass die Firma künftig *freiwillig (de buena voluntad)* statt bloss 1% ganze 5% vom Gewinn des verkauften Goldes aus der Mine Marlin dem guatemaltekischen Staat abliefern wolle. Die Regierung gab dies natürlich als Verhandlungserfolg aus. Bischof Ramazzini, Kardinal Quezada Toruño wie auch verschiedene guatemaltekische Umweltorganisationen und die Partei UNRG/Maiz haben aber gegen diese Abmachung protestiert. Es gehe nicht an, dass der Präsident allein eine solche Entscheidung treffe, ohne dass die Sache mit Einbezug der Umweltorganisationen und der betroffenen Bevölkerung verhandelt worden sei. Überhaupt müsse grundsätzlich das Bergbaugesetz endlich so geändert werden, dass neue Parameter wie der Schutz des Lebens, der Umwelt und der naturgegebenen Rohstoffe gewährleistet seien.

Toni Steiner

Guatemala-Schweiz

Konflikt in San Juan Sacatepéquez

Indigene Gemeinschaften wehren sich gegen Bau einer Zementfabrik durch den guatemaltekischen Zementmonopolisten Cementos Progreso S.A. (Cempro), bei der die Schweizer Firma Holcim mit 20% beteiligt ist.

Kürzlich haben uns Carmela Curup, Maya Rechtsanwältin und Mauro Cosojay, Gemeinschaftsanführer aus San Juan Sacatepéquez in Zürich besucht, um uns direkt über ihren jahrelangen Kampf gegen den Bau einer Zementfabrik inmitten ihres Gebietes zu informieren. Sie waren auf Einladung von PBI (Peace Brigades International) und dem Guatemala-Netz Bern in

der Schweiz, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen und in einer symbolischen Aktion Holcim an ihrem Sitz in Dübendorf ihre Forderungen zu übergeben.

Die Aktion musste dann aber ohne die Betroffenen stattfinden. Durch das unerwartete Auftauchen (an der Genfer Veranstaltung und am Tag darauf auch in Zürich) mehrerer Vertreter der Firma Cementos Progreso – die ihnen offenbar bis in die Schweiz nachgereist waren – fühlten sich die Beiden bedroht und eingeschüchtert. Diese Reaktion muss im Kontext der Gewalt und Kriminalisierung gegenüber MenschenrechtsverteidigerInnen sowie der generellen Straflosigkeit in Guatemala verstanden werden.

Geschichte des Konflikts

Es begann 2006. Eines Tages stellten die Bewohner fest, dass auf ihrem Gebiet Zäune und Felder zerstört und Bäume gefällt waren. Warum? Nach längeren Nachforschungen stellte sich heraus, dass die Firma Cementos Progreso den Bau einer Zementfabrik geplant hatte.

Die zwölf von dem Bauvorhaben betroffenen indigenen Gemeinschaften wurden nicht über das Vorhaben informiert, wie es von der von Guatemala ratifizierten ILO Konvention zum Schutz der indigenen Völker vorgeschrieben ist¹. Dieses intransparente Vorgehen machte die Bevölkerung mißtrauisch. In der Folge verlangten sie von der Gemeinderegierung die Durchführung einer Konsultativabstimmung über das Projekt. Das Recht auf Konsultation ist das Herzstück der Konvention 169 der ILO. Diese schreibt außerdem vor, dass die Konsultation, unter voller Offenlegung der Informationen stattzufinden hat, was der Bevölkerung erlaubt, mögliche soziale, kulturelle und ökologische Auswirkungen

¹ Konvention 169 der International Labour Organisation (ILO) anerkennt die Bestrebungen indigener Völker, im Rahmen der Staaten, in denen sie leben, Kontrolle über ihre Einrichtungen, ihre Lebensweise und ihre wirtschaftliche Entwicklung auszuüben und ihre Identität, Sprache und Religion zu bewahren und zu entwickeln“ Diese Konvention wurde von Guatemala ratifiziert und ist bindend auf Verfassungsebene.

des Projektes einzuschätzen. Laut Carmela wird den Gemeinschaften jedoch bis heute die volle Einsicht in die Unterlagen verwehrt. Sie wissen deshalb nicht, welche Auswirkungen die Zementproduktion auf Luft und Wasser haben könnten.

Die Gemeinderegierung von San Juan Sacatepéquez stimmte Anfang April 2007 einer Konsultation, die von den indigenen Gemeinschaften gefordert wurde, zu und setzte diese auf Mitte April 2007 fest. Später verschob sie den Abstimmungstermin auf 13. Mai, um die Konsultation dann Ende April definitiv abzusagen.

Das akzeptierten die indigenen Dörfer nicht. Über die Consejos Comunitarios de Desarrollo (Dorfräte der Entwicklung) – eine staatliche Institution innerhalb der Dörfer – wurde die Konsultation in eigener Regie organisiert. Sie stützten sich hierbei auf die Konvention 169. Am 13. Mai nahmen 8950 stimmberechtigte Personen mit Personalausweis an der Konsultativabstimmung teil. Vier Personen stimmten dem Bauvorhaben zu und 8946 Personen lehnten es ab. Das Resultat wurde dem Ministerium für Energie und Bergbau übergeben. Zu ihrer Rechtfertigung stellte sich Cementos Progreso auf den Standpunkt, dass solche Konsultationen nicht im Gesetz verankert und daher nicht zulässig seien. Dieser Sichtweise wurde jedoch im Rahmen eines Beschwerdeverfahrens, das bis vors Verfassungsgericht gelangte, nicht stattgegeben. Das Gericht hielt in seinem Urteil fest, dass der Staat verpflichtet ist, solche Konsultationen via seine Institutionen durchzuführen.

Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb setzte Ende 2007 eine Welle von Einschüchterungen, Verfolgungen und Kriminalisierungen der Bevölkerung ein. Diese fand 2008 ihren Höhepunkt im Ausrufen des Ausnahmezustands, was den Aufbau eines Polizei- und Militärstützpunktes auf dem Fabrikgelände ermöglichte. Diese Situation benutzte das Unternehmen, um Wälder abzuholzen, schwere Baumaschinen vor Ort zu bringen und mit der Vorbereitung des Fabrikge-

länden zu beginnen. Bei den Grabungsarbeiten zerstörte das Unternehmen drei heilige Stätten der Maya, obwohl die Gemeinschaften im Vorfeld eine Klage bei der Regierung eingereicht hatten, in der sie dringend um den Schutz dieser für die Gemeinschaften wichtigen Stätten ersucht hatten.

Ende 2009 musste die Regierung einsehen, dass ihre Präsenz im Gebiet der indigenen Gemeinschaften gemäß ILO 169 nicht Rechtens war und zog Polizei und Militär wieder ab. Gerade rechtzeitig vor dem Besuch des UNO Sonderberichterstatters für indigene Völker, James Anaya. Nach ausführlichen Gesprächen mit allen involvierten Parteien bestätigte Anaya das Recht der indigenen Bevölkerung auf freie Konsultation und forderte die Regierung und das Unternehmen auf, das internationale Recht einzuhalten.

Im Jahr 2011 wurde ein dritter Gemeinschaftsanführer ermordet. Weder dieser noch die zwei vorhergehenden Fälle wurden gerichtlich untersucht. Insgesamt wurden 86 Gemeinschaftsmitglieder zu Gefängnisstrafen und Bezahlung von hohen Bussen verurteilt. Der wohl extremste Fall ist die Verurteilung eines indigenen Bauern zu 150 Jahren Gefängnis wegen angeblichem Besitz von Massenvernichtungswaffen.

Die 12 Gemeinschaften verlangten im Januar und Februar 2011 zwei weitere Konsultationen. Die eine betrifft eine 14 km lange Privatstrasse durch ihr Gebiet bis zur „Finca San Gabriel“, wo die Fabrik gebaut werden soll, und eine weitere im Zusammenhang mit der Bewilligung zur Abholzung von 40 Hektaren Wald. Bis heute blieben diese Forderungen ohne Erfolg.

Warum nicht verhandeln?

In den Diskussionen mit den Besuchern aus San Juan wurde des öfteren gefragt, warum die Gemeinschaften nicht mehr an Verhandlungen mit Cementos Progreso teilnehmen möchten und auf dem Verzicht des Projektes bestehen.

Der Gemeinschaftsanführer Mauro Cosojay beantwortete die Frage klar und deutlich. Er wies darauf hin, dass die Gemeinschaften ihre Entscheidung bewußt gefällt hatten, obwohl ihnen klar war, dass sie einen hohen Preis dafür zu zahlen hätten. Auch lägen ihnen bis heute keine neuen Informationen vor, die Grund zur Annahme gäben, dass negative Auswirkungen des Projektes ausbleiben würden.

Um diese Position besser zu verstehen, ist es wichtig sich vor Augen zu führen, wie eng die Geschichte, die soziale Organisation, das Wirtschaftsleben und die Kultur dieser Gemeinschaften mit der von ihnen gestalteten Kultur-Landschaft verflochten sind. Das zeigt sich daran, dass ein Grossteil der Bevölkerung von der direkten Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen – wie die weitläufigen Wälder, Weiden und Ackerflächen – abhängt. Die Gemeinschaftsökonomie basiert einerseits auf der Produktion von Mais und vielen anderen einheimischen Produkten (Milpa), die vorwiegend für den Eigenkonsum bestimmt sind. Andererseits produzieren die Familien auf kleineren Flächen Blumen, Gemüse, Früchte, Kaffee etc. die sie in der nahe gelegenen Hauptstadt und teilweise bis ins Ausland verkaufen. Ergänzt wird diese breite Palette von Wirtschaftsaktivitäten durch das Halten von Haustieren wie Hühner, Schweine und Kühe. Das Holz aus den Wäldern spielt auch eine zentrale Rolle beim Kunsthandwerk und der traditionell bekannten Möbelindustrie. Sauberes Wasser und unbelastete Luft sind für eine solche Kombination von Selbstversorgung und Marktproduktion eine grundlegende Bedingung.

Kosmvision der Maya

Das Land in den indigenen Gebieten ist in der Regel nicht Privatbesitz, sondern dient in Form von Gemeinschaftseigentum als materielle Grundlage für eine Sozialorganisation, die sich an den Prinzipien von Komplementarität und Solidarität innerhalb und zwischen den Gemeinschaften orientiert. Wichtige Entscheidungen werden deshalb traditionellerweise gemeinschaftlich gefällt.

Mensch, Natur, Kosmos und spirituelle Welt sind eng verwoben. Das zeigt sich nicht nur in der vorher dargestellten Verbindung von Wirtschafts- und Sozialorganisation, sondern durchdringt praktisch alle Lebensbereiche. Ein weiteres Beispiel hierzu ist der herrlich bunte „güipil sanjuanero“, die gewobene Bluse der Frauen. Jede Farbe verbindet den Menschen, der es trägt, mit dem kosmologischen Grundmuster.



Gelb	Sonne
Rot	Blut
Violett	Traurigkeit
Blau	Himmel
Grün	Natur
Braun	Mutter Erde
Kumatzin	Schlange
Andere Tiere	Natur

Die Summe dieser und vieler anderen soziokulturellen Praktiken führt dazu, dass Land, Pflanzen, Tiere, Luft und Wasser nicht nur „natürliche“ Ressourcen darstellen, sondern gleichzeitig Elemente sind, über die eine eigentliche Kulturlandschaft entsteht, die Platz schafft für den Versuch, die Mayakosmvision in der heutigen Zeit zu aktualisieren und so am Leben zu erhalten. Die Forderung, die kosmologischen Grundprinzipien der Maya im heutigen Lebensraum wiederherzustellen, darf jedoch nicht mit einer weitverbreiteten Romantisierung oder Heroisierung indigener Gemeinschaften verwechselt werden. Wie uns Mauro und Carmela eindrück-

lich schilderten, sind Individualismus, Neid und Zweifel an der eigenen Identität große Herausforderungen auch innerhalb ihrer Gemeinschaften. Darüber hinaus bieten solche internen Widersprüche externen Akteuren oft eine willkommene Gelegenheit, um die Entscheidungen der Gemeinschaften in ihrem Interesse zu beeinflussen.

Die Umwelt- und Sozialwissenschaftlerin Leire Urkidi, hat während mehrerer Monate Feldarbeit den Widerstand gegen Minenprojekte in Guatemala untersucht. Auch sie kommt in ihrer Studie² zum Schluss, dass den Maya Gemeinschaften in den betroffenen Gebieten eine zentrale Rolle bei der Lösung des Problems zukommt.

Intuitiv ist den meisten Menschen klar, dass eine Bevölkerungsgruppe, die durch Eingriffe in ihrem Territorium ökologisch, sozial und kulturell betroffen ist, zumindest über diese Vorhaben informiert werden muss. Sollte die Gemeinschaft dann zum Schluss kommen, dass die Vorhaben nicht mit ihrem Leben vereinbar sind, muss sie auch die Möglichkeit haben, sich dagegen auszusprechen und ihr Gebiet davor zu schützen.

Zudem sind indigene Gemeinschaften nicht nur Direktbetroffene, sondern sie handeln nach einer eigenen Weltanschauung. Dabei ist ihr Territorium integraler Bestandteil dieses Weltbildes. Die Gemeinschaften sind keine statischen Gebilde die krampfhaft an ihrem Ist-Zustand festhalten wollen. Vielmehr bemühen sie sich konstant, um eine nachhaltige materielle, soziale und kulturelle Erneuerung. Auch sie wollen den Fortschritt, aber sie lehnen sich auf gegen einen ausschließenden, marginalisierenden und zerstörerischen Fortschritt, der nur dem schnellen Profit dient und ihnen ihre Grundlage buchstäblich unter den Füßen weggräbt, wie Bischof Ramazzini anlässlich seines Besuches in der Schweiz eindrücklich darlegte.

² „The Defence of Community in the Anti-Mining Movement of Guatemala“ Journal of Agrarian Change, Vol. 11 No. 4, October 2011, pp. 556-580

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass es bei der Frage um den Bau einer Zementfabrik in der Kultur-Landschaft der Maya Gemeinschaften von San Juan nicht nur um eine abstrakte juristische und wissenschaftlich-ökonomische Kosten-Nutzen Abwägung geht. In diesem Konflikt, wie auch in dem in vielen anderen Regionen, geht es vielmehr um die grundsätzliche und langfristig lebensentscheidende Frage nach den Möglichkeiten von Lebens- und Wirtschaftsformen, mit denen der kurzfristige, auf eine Elite beschränkte Gewinn nicht dem Wohlbefinden der Mehrheitsbevölkerung übergeordnet und damit die langfristige Überlebensmöglichkeit gefährdet wird.

Was die Gemeinschaften mit ihrem Widerstand zum Ausdruck bringen möchten, ist im Grunde genommen nicht nur die Ohnmacht, gegen eine übermächtige, skrupellose Allianz von nationalen und internationalen Firmen, Regierungsstellen und durch sie geförderte sogenannte NGOs, sondern es ist der Ruf nach einer dringend notwendigen Überprüfung der grundlegenden Vorstellung über das, was Entwicklung ist und wer daran unter welchen Bedingungen teilnehmen kann. Es ist klar, dass die Grundbedingung für eine solche gemeinsame Wertediskussion nur dann gelingen kann, wenn die national und international anerkannten Rechte der indigenen Gemeinschaften vollumfänglich respektiert und unterstützt werden.

Marie-Jeanne Weyrich

Guatemalanetz Zürich ist Mitglied der CIFCA

Erweitert das Guatemalanetz Zürich nun sein Spektrum auf die Fischerei in fremden Gewässern, indem es den Anschluss an die *Cornwall Inshore Fisheries and Conservation* sucht, oder will es juristisch gegen die Goldcorp vorgehen, indem es dem *Canadian Institute for Financial Crime Analysis* beitrifft?

Weder noch: CIFCA steht nämlich auch für *Iniciativa de Copenhague para Centroamérica y México*. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk von knapp 40 europäischen Menschenrechts-

und Entwicklungsorganisationen, welche auf die EU-Politik in Zentralamerika Einfluss nehmen wollen. CIFCA mit Sitz in Brüssel besteht seit 1991. Die Organisation setzt sich seither für die Wahrung und Durchsetzung der Menschenrechte im politischen Dialog, in der Entwicklungszusammenarbeit und in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Zentralamerika ein. Ein besonderes Augenmerk richtet CIFCA auf die Bedürfnisse von besonders verletzlichen Gruppen innerhalb der Zivilgesellschaft, zu denen die indigenen Völker zählen. Kurz gesagt betreibt CIFCA Lobbyarbeit bei den EU-ParlamentarierInnen, damit die Anliegen der benachteiligten Bevölkerung ernst genommen werden und in politische Entscheidungen einfließen. Zu diesem Zweck bildete die CIFCA kürzlich zwei Arbeitsgruppen; eine zum Thema der Straflosigkeit (*Impunidad*) und die andere zum Thema der natürlichen Ressourcen (*Recursos naturales*).

Unter der Patenschaft von FIAN³ und dem Comité Oscar Romero⁴ wurde unser Beitritts-gesuch an der Generalversammlung im November 2011 in Brüssel einstimmig gutgeheissen. Weil sich das Guatemalanetz Zürich in letzter Zeit intensiv mit Ressourcenfragen beschäftigt (Stichwort Mine Marlín / Zementwerk Progreso), haben wir uns entschieden, bei der Arbeitsgruppe *Recursos naturales* mitzuwirken. Wir erhoffen uns von unserem Beitritt bei CIFCA einen Informationsgewinn über laufende Aktivitäten auf EU-Ebene, sind aber selbstverständlich auch angehalten, unsere Erfahrungen und unser Wissen aktiv ins Netzwerk einzubringen. Die nächste Gelegenheit dazu bietet sich anlässlich der Mitgliederversammlung im Mai 2012 in Brüssel.

Ausführliche Informationen über CIFCA finden Sie unter: <http://www.cifca.org/>.

Ulla Pfäffli, 26.01.2012

³ FIAN: Food First Informations- und Aktionsnetzwerk; international tätige NGO, die sich für das Recht auf Nahrung einsetzt.

⁴ Comités Óscar Romero, im Gedenken an den 1980 ermordeten Bischof von El Salvador gegründete Komitees, die weltweit seine Visionen weiterverfolgen

HEKS zieht sich aus Guatemala zurück

Eine schlimme Nachricht erreichte uns Ende Januar: die Leitung des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS) hat beschlossen, sich aus Guatemala zurückzuziehen. Das gerade in einem Moment, wo die Zeichen in Guatemala auf zunehmende Militarisierung und Repression von sozialen Bewegungen und Demokratisierungsprozessen unter dem neuen Präsidenten deuten.

Der Vorstand des Guatemala-Netzes Zürich ist schockiert über diesen Beschluss und die Art und Weise, wie er zustande kam. Wir haben uns in den letzten Jahren für konkrete Situationen und Menschen in Guatemala interessiert, die über manche Jahre von HEKS begleitet und gefördert wurden: etwa die Anstrengungen der durch den Bau des Staudamms Chixoy geschädigten Gemeinden von Rabinal, die sich zur Organisation COCAHICH zusammenschlossen, um den Kampf für ihre Rechte zu führen. Oder die Gemeinden im Departement San Marcos, denen durch den Bergbau transnationaler Konzerne der Boden unter den Füßen weggebaggert wird, wie es uns Bischof Ramazzini bei seinem Besuch in der Schweiz kürzlich so drastisch erfahren liess. Wir haben dank HEKS in Guatemala Freunde gewonnen, die uns den Horizont öffneten für sehr schwierige Situationen auf der südlichen Hälfte unseres Planeten, an denen Strukturen unseres verbreiteten Denkens und Wirtschaftens Schuld tragen. Und wir sind ermutigt worden durch ihre Bereitschaft, Widerstand zu leisten und entschlossen gewaltlos zu kämpfen gegen übermächtiges Unrecht.

Der Vorstand unseres Guatemala-Netzes versteht, dass die Leitung des HEKS die beschränkten Mittel effizient einsetzen und hohe Ansprüche an die Projekte stellen will. Doch nach unserer Einschätzung erfüllen die HEKS-Projekte in Guatemala die wichtigsten Kriterien, welche das Werk an seine Projekte stellt. Wir hinterfragen diesen Beschluss; er darf nicht das letzte Wort der Evangelischen Kirchen der Schweiz sein.

Toni Steiner

Unser Stipendienprojekt

Ana Aguado, die im Zentralsekretariat der Bewegung der LandarbeiterInnen/MTC von San Marcos für unser Stipendienprojekt verantwortlich ist, hat uns den ersten Jahresbericht geschickt. Das Projekt läuft nun genau ein Jahr. Er ist genau und sachlich. Zehn von den Zwölf haben das Jahr erfolgreich abgeschlossen, zwei haben Mitte Jahr auf. Die Zehn wollen die Studien 2012 weiterführen und bedanken sich in persönlichen Briefen für die Chance, die sie durch unsere Unterstützung erhalten haben. Ihre Studien machen sie – wie es in ländlichen Gegenden Guatemalas häufig ist – in Wochenendkursen.

Das MTC hat mit seinem Vorstand und seinem fachlich qualifizierten Staff eine erstaunliche Organisation aufgezogen. Lokale Komitees, die aus drei Erwachsenen bestehen, begleiten die Studierenden und zahlen ihnen die Monatsbeiträge aus. Auch sie werden für ihre Funktionen geschult. Die Studierenden selbst treffen sich einige Male im Jahr, um auch ausserschulisch gefördert zu werden. Im Jahresbericht wird aber auch selbstkritisch aufgeführt, was nicht so ganz gelang – zum grossen Teil, weil sie einfach zu wenig Zeit aufbringen konnten, um allen Aspekten dieses neuen Projekts genügend Aufmerksamkeit zu schenken. Selbst die administrativen Aufwendungen für den Papierkram von Zulassungen und bestandene Examen verlangen in diesem gesellschaftlichen Umfeld viel Zeit und Geduld.

Auch über die finanzielle Seite des Projekts wird sehr genau informiert; das Budget wurde eingehalten und wir haben dank der Grosszügigkeit von Euch Mitgliedern der Bitte aus San Marcos entsprechen können, die Zahl der Studierenden dieses Jahr auf mindestens 16 zu erhöhen. Das Studienjahr hat schon begonnen und bei Gelegenheit werden wir vernehmen, wie es weitergeht.... Spenden sind weiterhin willkommen auf unserem Postkonto Guatemala-Netz Zürich 87-674612-1 mit dem Vermerk „Stipendienprojekt San Marcos“.

Toni Steiner

Hinweise

Die Petition „Recht ohne Grenzen“

Klare Regeln für Schweizer Konzerne. Weltweit. Das fordern rund 50 Menschenrechtsorganisationen und Hilfswerke, Umwelt- und Frauenverbände, kirchliche Gruppen und Gewerkschaften mit der Kampagne „Recht ohne Grenzen“. Freiwillige Initiativen zur sozialen und ökologischen Verantwortung von Unternehmen, die auf Selbstregulierung setzen, haben sich als zu wenig wirksam erwiesen, um Verstösse gegen die Menschenrechte und die Zerstörung der Umwelt zu verhindern. Die Kampagne ‚Recht ohne Grenzen‘ setzt sich deshalb zum Ziel, die freiwilligen Konzepte mit der Schaffung eines rechtsverbindlichen Rahmens weiter zu entwickeln. Sie verlangt von Bundesrat und Parlament, dafür zu sorgen, dass Firmen mit Sitz in der Schweiz die Menschenrechte und die Umwelt weltweit respektieren müssen. Bitte unterschreiben! - über <http://www.rechtohnegrenzen.ch/>

Rohstoff: das gefährlichste Geschäft der Schweiz

Wieso bleiben viele Länder des globalen Südens trotz ihrer Bodenschätze bitterarm? Ein bedeutender Teil der Antwort findet sich in der Schweiz.

Abseits der Öffentlichkeit ist hier eine Branche entstanden, die im globalen Rohstoffhandel die Fäden zieht. Die Erklärung von Bern (EvB) hat gründlich recherchiert und präsentiert nun die erste Analyse der Rohstoffdrehzscheibe Schweiz.

Das Buch zeigt auf, wie in den letzten Jahrzehnten in der Schweiz, in Zug, in Genf und anderswo Wirtschaftsriesen herangewachsen sind ohne Fabrikschlote und weite Lagerhallen. Ihre fragwürdigen, ja zerstörerischen Auswirkungen zeigen sich anderswo, z.B. in Guatemala. das Buch ist sehr empfehlenswert. Zu beziehen im Buchhandel oder bei der Erklärung von Bern, Postfach, 8026 Zürich. Preis: Fr. 34.80 (Urs Riby)

Romero-Tagung am 24. März in Luzern

An der diesjährigen Romero-Tagung unter dem Titel "... so fern von Gott, so nah bei den USA" wird die Rolle und Einflussnahme der USA in Lateinamerika untersucht. Während am Morgen Beispiele aus Mexiko und Kolumbien präsentiert werden, geht es am Nachmittag hauptsächlich um das jüngste Beispiel einer US-Intervention in Lateinamerika: Honduras. Programm und Anmeldung: www.romerohaus.ch

In eigener Sache

Mitgliederversammlung 2012

Den Termin für die diesjährige MV haben wir bereits festgelegt. Sie soll am Samstagvormittag des **9. Juni** stattfinden. Beginn: 9.45 Uhr. Einladung und Programm folgen später. Reservieren Sie sich schon mal den Termin!

Guatemala-Studienreise 2013

Wir planen für nächstes Jahr wieder eine dreiwöchige Studienreise, die vom **8. Februar–1. März** stattfinden soll. Der Prospekt soll Ende Mai vorliegen. Um einen Vorgeschmack zu bekommen, wie eine solche Studienreise verlaufen könnte, lohnt es sich, die Reiseberichte anzusehen, die auf unserer Website aufgeschaltet sind (www.guatemalanetz-zuerich.ch).

Impressum:



Nr. 39/20. Februar 2012

Erscheint 2-4 x jährlich

Herausgeber: Guatemala-Netz Zürich

Homepage: www.guatemalanetz-zuerich.ch

Postkonto: PC 87-674612-1

Redaktion: Toni Steiner

Administration: Lilian Hässig, Imfangring 28, 6003 Luzern,

lilian_haessig@hotmail.com